

Politischer Newsletter 1/2015

Parlament

Die Wintersession 2014 dauerte vom 24. November bis am 12. Dezember 2014. Die Frühlingssession 2015 findet vom 2. bis am 20. März 2015 statt.

Neuer Vorstoss: «Abteilung Alkohol und Tabak. Quo vadis?»

Am 24. November 2014 hat der Bundesrat über den Entscheid orientiert, die Nachfolgeorganisation der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) in Delémont anzusiedeln. Von diesem Entscheid ebenfalls betroffen ist der Vollzug des Bier- und des Tabaksteuergesetzes. Maria Bernasconi (SP / GE) stellt dem Bundesrat in ihrer Interpellation folgende Fragen: 1. Was gedenkt er nebst den Massnahmen des Bundespersonalgesetzes zu unternehmen, um die betroffenen Angestellten der EAV wie der Zollsektion Bier und Tabak zu unterstützen? 2. Können die Personen, die weniger als 4 Stunden Arbeitsweg haben und nach Delémont gehen müssen in Zukunft ihre Reisezeit als Arbeitszeit geltend machen? 3. Wie verhält es sich mit Mitarbeitenden, die über 60 Jahre alt sind und kurz vor ihrer Pensionierung stehen? 4. Was geschieht mit den Mitarbeitenden, die einen Arbeitsweg von über 4 Stunden hätten? Behalten diese eine Stelle in Bern? 5. Ist es angedacht direkte Züge von Bern nach Delémont zu führen, damit die Mitarbeitenden in den Zügen arbeiten können nicht mit Umsteigen in Biel Zeit verlieren und somit die Reisezeit verkürzt wird?

Die Antwort des Bundesrates steht noch aus.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20144182

Neuer Vorstoss: «Umsiedlung der Nachfolgeorganisation der Eidgenössischen Alkoholverwaltung von Bern nach Delsberg»

Das Eidgenössische Finanzdepartement hat beschlossen, die Nachfolgeorganisation der Eidgenössischen Alkoholverwaltung ab 2017 von Bern nach Delsberg im Kanton Jura umzusiedeln. Alexander Tschäppät (SP / BE) bittet den Bundesrat in seiner Interpellation um die Beantwortung folgender Fragen: 1. Welche Bedeutung misst er der «Hauptstadtregion Schweiz» in ihrer Funktion als nationales Polit- und Verwaltungszentrum bei? 2. Ist die Umsiedlung der Nachfolgeorganisation der Alkoholverwaltung nach Delsberg ein Einzelfall? Oder sind weitere dezentrale Ansiedlungen von Bundesstellen geplant? 3. Die Ansiedlung von Bundesstellen ausserhalb der «Hauptstadtregion Schweiz» schwächt die Leistungsfähigkeit und Effizienz der Bundesverwaltung, ohne dass Randregionen nachhaltig gestärkt werden. Teilt der Bundesrat diese Ansicht? 4. In der heutigen globalisierten Welt sind die Staaten auf eine hochkompetente Verwaltung angewiesen, wollen sie im internationalen Wettbewerb bestehen. Teilt er die Ansicht, dass es vor diesem Hintergrund sinnvoll ist, die Bundesverwaltung in der «Hauptstadtregion Schweiz» zu konzentrieren und damit ähnlich wie in der Wirtschaft einen Verwaltungscluster zu bilden? 5. Welchen Beitrag könnte der Bund nach Ansicht der Landesregierung leisten, um die Position der «Hauptstadtregion Schweiz» als Zentrum für Politik und Verwaltung zu stärken?

Die Antwort des Bundesrates steht noch aus.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20144109

Neuer Vorstoss: «Cannabis für Schwerkranke»

Margrit Kessler (GLP / SG) beauftragt den Bundesrat in ihrer Motion, gestützt auf Artikel 8 Absatz 5 BetmG im Rahmen eines wissenschaftlichen Pilotprojektes zu prüfen, ob und unter welchen Umständen zu medizinischen Zwecken natürlicher Cannabis als Alternative zu synthetisiertem Cannabis oder mittels Magistralrezeptur hergestellter Cannabistinktur verwendet werden kann, wie dies z. B. in den Niederlanden der Fall ist. Damit soll untersucht werden, ob eine Zulassung solcher Cannabismedikamente für Patientinnen und Patienten mit schwerwiegenden Krankheitsbildern wie z.B. multipler Sklerose, Parkinson, ALS, Aids und schwere Krebsleiden, sowie bei chronischen Schmerzen, arthritischen und rheumatischen Erkrankungen möglich ist.

Die Antwort des Bundesrates steht noch aus.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20144164

Beantworteter Vorstoss: «Fragwürdige Umsiedlung der Alkoholverwaltung von Bern nach Delsberg»

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf will die Nachfolgeorganisation der Eidgenössischen Alkoholverwaltung von Bern nach Delsberg umsiedeln. In der Medienmitteilung schreibt das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD), der Entscheid sei nach gründlicher Prüfung erfolgt. Matthias Aebischer (SP / BE) stellte dem Bundesrat in der Fragestunde dazu folgende Fragen: 1. Gehört bei einer «gründlichen Prüfung» nicht auch zwingend dazu, die Argumente der betroffenen Standortbehörden (Stadt und Kanton Bern, Hauptstadtregion Schweiz) zu berücksichtigen? 2. Wurden die Standortbehörden absichtlich übergangen? 3. Wird das EFD diese Unterlassung nachholen?

Der Bundesrat hat die Fragen am 8. Dezember 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4916/452978/d_n_4916_452978_453005.htm

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145576

Beantworteter Vorstoss: «Das BAG bewilligt Drogenpilze»

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat offenbar ein durch die Universität Zürich organisiertes Drogencamp, inklusive Experimenten mit illegalen und schädlichen Zauberpilzen (Psilocybin), bewilligt. Toni Bortoluzzi (SVP / ZH) stellte dem Bundesrat dazu in der Fragestunde folgende Fragen: 1. Was war das Ziel dieser fragwürdigen Versuche? 2. Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse führten zur Bewilligung durch das BAG? 3. Auf welcher gesetzlichen Grundlage bewilligte das BAG die Verwendung der illegalen Substanzen?

Der Bundesrat hat die Fragen am 8. Dezember 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145648

Beantworteter Vorstoss: «Neutrale Zigarettenpäckchen auch in der Schweiz?»

Rebecca Ana Ruiz (SP / VD) bat den Bundesrat in der Fragestunde um die Beantwortung folgender Frage: Anerkennt der Bundesrat, dass die Verwendung von neutralen Zigarettenpäckchen aus Sicht

des öffentlichen Gesundheitswesens eine Massnahme ist, die dazu dient, das Verhalten der Personen, die rauchen, und derjenigen, die nicht rauchen, zu ändern und so den Tabakkonsum zu verringern?

Der Bundesrat hat die Frage am 8. Dezember 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145614

Beantworteter Vorstoss: «Ausstieg aus den Drogen»

Andrea Martina Geissbühler (SVP / BE) stellte dem Bundesrat in der Fragestunde folgende Fragen: 1. Wie viele Teilnehmer sind seit dem Start des Methadon- und Heroinprogrammes suchtfrei? 2. Ist der Bundesrat der Meinung, dass diese niederschweligen Angebote den erwünschten Erfolg gebracht haben?

Der Bundesrat hat die Fragen am 8. Dezember 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145593

Beantworteter Vorstoss: «Krankenkassenkosten der Drogenabgabe an Süchtige»

Andrea Martina Geissbühler (SVP / BE) bat den Bundesrat in der Fragestunde um die Beantwortung folgender Frage: Wie viel hat die Heroin- und Methadonabgabe an die Süchtigen in den letzten zwei Jahren gekostet?

Der Bundesrat hat die Frage am 8. Dezember 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145592

Beantworteter Vorstoss: «Vernehmlassung zum Vorentwurf des Tabakproduktegesetzes (1)»

Céline Amaudruz (SVP / GE) stellte dem Bundesrat in der Fragestunde die folgenden Fragen: 1. Wie gedenkt der Bundesrat vorzugehen, um zukünftig zu vermeiden, dass Bundesbeiträge zur Finanzierung von Studien dienen, deren Ergebnisse für politische Zwecke verwendet werden? 2. Werden momentan andere Studien oder Projekte durchgeführt, die vom Bund finanziert werden und die verwendet werden könnten, um den Gesetzgebungsprozess im Rahmen des Vorentwurfes des Tabakproduktegesetzes zu beeinflussen? Falls ja, welche?

Der Bundesrat hat die Frage am 8. Dezember 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145587

Beantworteter Vorstoss: «Vernehmlassung zum Vorentwurf des Tabakproduktegesetzes (2)»

Céline Amaudruz (SVP / GE) bat den Bundesrat in der Fragestunde um die Beantwortung folgender Fragen: 1. Wie kann es sein, dass NGO zu einem Vorentwurf eines Gesetzes, der sich in der Vernehmlassung befindet, Empfehlungen an den Gesetzgeber abgeben können und gleichzeitig von

einem Präventionsprojekt profitieren, das aus öffentlichen Mitteln finanziert wird? 2. Hatte der Bundesrat Kenntnis davon, dass vorgesehen war, die Ergebnisse der Studien während der laufenden Vernehmlassung zum Vorentwurf des Tabakproduktegesetzes zu veröffentlichen? Ist der Bundesrat vor diesem Hintergrund der Ansicht, dass diese Überschneidung im Kalender akzeptabel ist?

Der Bundesrat hat die Frage am 8. Dezember 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145588

Beantworteter Vorstoss: «Vernehmlassung zum Vorentwurf des Tabakproduktegesetzes (3)»

Céline Amaudruz (SVP / GE) stellte dem Bundesrat in der Fragestunde folgende Frage: Gibt es zwischen dem Bund und den NGO, die diese Studien in Auftrag gegeben haben, Vereinbarungen, die es ihnen erlauben, die Ergebnisse dieser Studien für politische Zwecke zu verwenden?

Der Bundesrat hat die Frage am 8. Dezember 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145589

Beantworteter Vorstoss: «Kampf gegen Zigarettenschmuggel sowie illegales Herstellen und Fälschen von Tabakprodukten. Unabhängiges Kontrollsystem»

Hans Stöckli (SP / BE) lud den Bundesrat in seiner Interpellation ein, eine Reihe von Fragen zu einem tabakindustrieunabhängigen Rückverfolgbarkeitssystem zu beantworten.

Der Bundesrat hat die Interpellation am 11. Februar 2015 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20144145

Die Interpellation ist für die Sitzung des Ständerates vom 11. März 2015 traktandiert.

Beantworteter Vorstoss: «Die im Rahmen der Agrarpolitik 2018–2021 vorgesehenen Massnahmen zur Absatzförderung für Schweizer Wein bereits ab 2015 umsetzen»

Olivier Feller (FDP / VD) beauftragte den Bundesrat in seiner Motion, die im Rahmen der Agrarpolitik 2018 - 2021 vorgesehenen Massnahmen zur Absatzförderung für Schweizer Produkte - zumindest teilweise - bereits ab 2015 umzusetzen.

Der Bundesrat hat am 28. Januar 2015 Stellung zur Motion genommen. Er beantragt die Ablehnung der Motion.

-> Stellungnahme des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20144017

Beantworteter Vorstoss: «Problematische Smartphone-Nutzung von Jugendlichen»

Yvonne Gilli (G / SG) stellte dem Bundesrat in ihrer Interpellation folgende Fragen: 1. Verfolgt er systematisch die Datenlage zur Nutzung der neuen Medien, insbesondere im Zusammenhang mit der

gesundheitlichen Gefährdung vulnerabler Gruppen wie Kinder oder Jugendlicher? 2. Sieht er Handlungsbedarf? Falls nein, warum nicht? 3. Welche Möglichkeiten und Massnahmen kann er aufzeigen, um die Information von Eltern, Lehrer- und Ärzteschaft, aber auch der Jugendlichen selbst zu verbessern, und die Kompetenz der Nutzung neuer Medien zu erhöhen? 4. Welche Instrumente stehen ihm zur Evaluation von sich schnell verändernden Lebensgewohnheiten und deren gesundheitliche Auswirkungen bei Kindern und Jugendlichen zur Verfügung? 5. Welche Instrumente braucht er, um insbesondere wirksame Massnahmen im Zusammenhang mit der Nutzung elektronischer Medien zu treffen? 6. Wie können die Synergien zwischen kantonalen und nationalen Bemühungen/Kompetenzen und Ressourcen verbessert werden?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 28. November 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143868

Am 12. Dezember 2014 wurde die Interpellation im Nationalrat behandelt und ist nun erledigt.

Beantworteter Vorstoss: «Cannabis für Schwerkranke»

Margrit Kessler (GL / SG) bat den Bundesrat in ihrer Interpellation folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist der Bundesrat bereit, Patienten bei multipler Sklerose, Parkinson, bei schweren Krebs- und Aidskranken sowie bei chronischen Schmerzen, arthritischen und rheumatischen Erkrankungen den Zugang zu Cannabis zur Schmerzbehandlung zu erleichtern? Dadurch kann die Lebensqualität verbessert und Patienten können wieder in den Arbeitsprozess integriert werden. 2. Könnte das BAG dem Cannabis-Produzenten den Auftrag geben, Cannabissorten mit sehr hohem CBD-Anteil zu entwickeln, wie zum Beispiel die Sorten Ruderalis und Bediol(R) (> 6% THC: 7,5% CBD)? Diese Sorten haben heilende Kräfte ohne starken psychotropen Effekt. 3. Hat das BAG die Möglichkeit, auf Verordnungsebene die Krankenkassen zu verpflichten, die Kosten für Cannabiskraut von den Apotheken zu übernehmen? 4. Könnte Cannabis in die vom Patienten ausgewählte Apotheke geliefert werden? 5. Welche Gesetze müssen geändert werden, dass auch in der Schweiz schwerkranke Menschen für ihren Bedarf legal Hanf anbauen dürfen?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 28. November 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143827

Am 12. Dezember 2014 wurde die Interpellation im Nationalrat behandelt und ist nun erledigt.

Beantworteter Vorstoss: «Ritalinkonsum in der Schweiz»

Yvette Estermann (SVP / LU) bat den Bundesrat in ihrer Interpellation folgende Fragen zu

beantworten: 1. Ist das Interview von Sarah Nowotny mit Pascal Rudin dem Bundesrat bekannt? 2. Wenn ja, wird er dafür sorgen, dass die neuesten Berichte, Statistiken, Studien und Empfehlungen der Uno zu diesem Thema, auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden? 3. Wie fortgeschritten ist der detaillierte Bericht zum Ritalinkonsum, dessen Veröffentlichung der Bundesrat für die zweite Hälfte 2014 in Aussicht gestellt hat?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 28. November 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143809

An der Sitzung des Nationalrates vom 12. Dezember 2014 wurde die Diskussion der Interpellation verschoben.

Beantworteter Vorstoss: «Sponsoringverbot im Tabakproduktegesetz. Benachteiligung von konkurrenzfähigen Grenzregionen unter dem Deckmantel der Prävention»

Daniel Stolz (FDP / BS) bat den Bundesrat in seiner Interpellation folgende Fragen zu beantworten: 1. Warum soll aus Sicht der Prävention beim Verbot von Sponsoring von Tabakfirmen unterschieden werden zwischen Events mit internationalem Charakter und Binnencharakter? 2. Gibt es einen anderen gesundheitspolitischen Grund für diese Unterscheidung? 3. Warum benachteiligt der Bund ausgerechnet die Events, die den Namen unseres Landes ins Ausland tragen, während Bund wie Kantone genau das per teuren Werbeaktionen versuchen? 4. Warum schwächt der Bundesrat immer wieder gerade die besonders konkurrenzfähigen Sektoren und schützt die schwächeren?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 28. November 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143701

Am 12. Dezember 2014 wurde die Interpellation im Nationalrat behandelt und ist nun erledigt.

Beantworteter Vorstoss: «Vereinheitlichung der Aufmachung der Zigaretten-Päckchen»

Pierre-Alain Fridez (SP / JU) beauftragte den Bundesrat in seiner Motion, in der zukünftigen Tabakverordnung eine Bestimmung vorzusehen über die Aufmachung der Zigaretten-Päckchen: Den Hauptteil der Fläche der Päckchen sollen die Hinweise auf die Gefahren einnehmen, die mit dem Tabakkonsum verbunden sind; darüber hinaus sollen die Verpackungen neutral gestaltet sein und keinerlei werberische Hinweise auf Marken enthalten.

Der Bundesrat hat am 5. Dezember 2014 Stellung zur Motion genommen. Er beantragt die Ablehnung der Motion.

-> Stellungnahme des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143993

Beantworteter Vorstoss: «Gleiche Promillegrenze für Milizfeuerwehren und nicht diensthabendes Personal bei Rettungseinsätzen wie für alle anderen Automobilisten»

Bernhard Guhl (BDP / AG) beauftragte den Bundesrat in seiner Motion, in der Verkehrsregelverordnung festzulegen, dass der Transport von Personen und Materialien durch Rettungsdienste (Feuerwehr, Polizei, Zoll, Sanität, Katastrophenschutz usw.) bei Rettungseinsätzen (Feuerwehreinsatz einer Milizfeuerwehr oder Rettungseinsätze, bei welchen aufgrund der Grösse des Ereignisses nicht diensthabendes Personal aufgeboden werden muss) nicht unter die Transporte subsumiert wird, für die das strengere Verbot des Fahrens unter Alkoholeinfluss (0,1 Promille) gilt.

Der Bundesrat hat am 5. November 2014 die Annahme der Motion beantragt.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143876

Der Nationalrat hat die Motion am 12. Dezember 2014 angenommen. Das Geschäft ist für die Sitzung des Ständerates vom 16. März 2015 traktandiert.

Kommissionen

Alkohol: Motion «Aufnahme der Schaumweine ins Einfuhrkontingent für Weine»

Christophe Darbellay (CVP / VS) beauftragte den Bundesrat in seiner Motion, seine Praxis betreffend die Weineinfuhr so anzupassen, dass Schaumweine auch in das Zollkontingent für Weine fallen. Der Bundesrat beantragte am 31. Oktober 2012 die Ablehnung der Motion. Im Nationalrat wurde die Motion am 17. September 2014 angenommen. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S) beantragte am 13. Oktober 2014 die Motion abzulehnen. Am 11. Dezember 2014 wurde das Geschäft im Ständerat behandelt und abgelehnt. Somit ist die Motion erledigt.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20123738

Alkohol: Standesinitiativen «Änderung der Weineinfuhrkontingente und deren Verteilung»

Die Kantone Genf und Wallis ersuchen die Bundesversammlung in ihren beiden Standesinitiativen um Folgendes: 1. bei der Welthandelsorganisation (WTO) die Eröffnung von Verhandlungen hinsichtlich der Anpassung des Zollkontingents für Rot- und Weissweine an die Konsumententwicklung zu beantragen; 2. eine Verteilung des Zollkontingents gemäss Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe b des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft, also «nach Massgabe der Inlandleistung», vorzunehmen.

Nach der Empfehlung der vorberatenden Kommission des Ständerates, den beiden Standesinitiativen keine Folge zu leisten, hat der Ständerat den Standesinitiativen am 11. Dezember 2014 keine Folge geleistet. Auch die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) hat die beiden Standesinitiativen am 12. Januar 2015 vorgeprüft und beantragt mit 18 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen, den beiden Initiativen keine Folge zu geben. Die Geschäfte sind für die Sitzung des Nationalrates vom 20. März 2015 traktandiert.

-> Details:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20140318

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20140312

Medikamente: Motion «Verschreibung von Ritalin»

Die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) beauftragte den Bundesrat, im Rahmen der Umsetzung des Betäubungsmittelgesetzes dafür zu sorgen, dass Ritalin nur dann verschrieben wird, wenn es wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich ist sowie im Rahmen einer umfassenden Therapie oder Behandlung verabreicht wird.

Der Bundesrat hat am 22. Mai 2013 zum Geschäft Stellung genommen und die Ablehnung der Motion beantragt. Am 13. Juni 2013 hat der Nationalrat die Motion angenommen. Die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-S) hat an ihren Sitzungen vom 17. Oktober 2013

und vom 16. Januar 2015 die Motion geprüft und beantragt einstimmig das Geschäft abzulehnen. Nun ist die Motion für die Sitzung des Ständerates vom 17. März 2015 traktandiert.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20133013

Snus: Pa. Iv. «Gesetzliche Rahmenbedingungen für den Vertrieb von Snus schaffen»

Ohne Gegenstimme hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) am 13. August 2014 der Parlamentarischen Initiative «Gesetzliche Rahmenbedingungen für den Vertrieb von Snus schaffen» von Lukas Reimann (SVP / SG) Folge gegeben. Die Initiative fordert, dass die gesetzlichen Grundlagen dahingehend geändert werden, dass Snus mit anderen Tabakprodukten wie Schnupf- und Kautabak gleichgestellt wird. Am 11. Februar 2015 stimmte die Schwesterkommission des Ständerates dem Entscheid der SGK-N, dem Geschäft Folge zu geben, mit 5 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen nicht zu. Die Motion geht nun zurück an die SGK-N, die sich nochmals dazu äussern muss.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20130438

Alkohol: «Alkoholgesetz. Totalrevision»

Die Totalrevision des Alkoholgesetzes befindet sich weiterhin in der Differenzbereinigung. Am 24. November 2014 wurde das Geschäft in der zweiten Lesung im Ständerat beraten. Der Ständerat äusserte sich folgendermassen zum Geschäft: kein Mindestpreis, Streichung der Ausbeutesteuer, keine Steuererhöhung auf Spirituosen und Einführung eines Nachtverkaufsverbotes zwischen 22.00 und 06.00 Uhr. Am 12. Januar 2014 wurde das Geschäft in der vorbereitenden Kommission des Nationalrates (WAK-N) behandelt. Die WAK-N sprach sich mit 16 zu 7 Stimmen erneut gegen die Einführung eines Nachtverkaufsverbots von alkoholischen Getränken aus und hält damit an der Differenz zum Ständerat fest. Da sich der Ständerat im Bereich der Spirituosenbesteuerung mit 33 zu 12 Stimmen gegen das System der Ausbeutebesteuerung ausgesprochen hatte, hat die WAK-N nun mit 14 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, die Verwaltung erneut zu beauftragen, Alternativen zur Ausbeutebesteuerung auszuarbeiten. Die Beratung der Vorlage wird deshalb erst im zweiten Quartal dieses Jahres fortgesetzt.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20120020

Bundesrat

Alkohol, Tabak und Cannabis: «Totalrevision des Ordnungsbussengesetzes (OBG)»

Künftig sollen nicht nur einfache Übertretungen des Strassenverkehrsgesetzes, sondern auch ähnliche Verstösse gegen andere Gesetze mit Ordnungsbussen sanktioniert werden können. Der Bundesrat hat am 17. Dezember 2014 die Botschaft zur Totalrevision des Ordnungsbussengesetzes (OBG) an das Parlament überwiesen. Vorgesehen ist unter anderem eine Ausweitung auf das Alkoholgesetz und das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen. Seit Oktober 2013 kann auch der Cannabis-Konsum im Ordnungsbussenverfahren geahndet werden. Dieses Verfahren ist bisher nicht im OBG, sondern im Betäubungsmittelgesetz geregelt. Mit der Totalrevision werden diese

Bestimmungen ins OBG integriert. Auch die Sicherstellung und Einziehung von cannabis-haltigen Produkten, wie sie bisher im Betäubungsmittelgesetz geregelt ist, soll weiterhin möglich sein.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/legislaturrueckblick.aspx?rb_id=20140099

Vernehmlassungen

Alkohol: «Via sicura: Atemalkohol- statt Blutprobe»

Die vom Parlament im Rahmen von «Via sicura» beschlossene beweissichere Atemalkoholprobe soll im Strassenverkehr am 1. Juli 2016 eingeführt werden. Die Anordnung einer Blutprobe wird nur noch bei Verdacht auf Betäubungsmittelkonsum, auf Verlangen des Betroffenen oder in Ausnahmefällen nötig sein. Zur Einführung müssen verschiedene Verordnungen angepasst werden. Die Anhörung dazu dauerte bis zum 17. Februar 2015.

-> Details: <https://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=55253>

Alkohol: «Teilrevision des Bundesgesetzes über die Binnenschifffahrt (BSG)»

Im Bundesgesetz vom 3. Oktober 1975 über die Binnenschifffahrt (BSG) wird unter anderem eine gesetzliche Grundlage für die beweissichere Atemalkoholprobe geschaffen. Die Vernehmlassung dauert bis zum 30. April 2015.

-> Vernehmlassungsunterlagen: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>